

3. Länderschwerpunkte und nationale Entwicklungen

3.1. Die Beziehungen der EU und der DACH-Länder mit der ASEAN: Gemeinsame strategische und wirtschaftliche Interessen in der neuen Großmächte-Ordnung

Alfred Gerstl

Central European Institute of Asian Studies, Bratislava, Prag und Wien

3.1.1. Einleitung

2025 ging als ein wichtiges Jahr für die Assoziation Südostasiatischer Nationen (ASEAN) in die Geschichte ein, erfüllte sich doch der Traum der Gründungsväter, die von Anfang an den Zusammenschluss sämtlicher südostasiatischer Staaten in einer gemeinsamen Regionalorganisation anstrebten: Am 26. Oktober trat Timor-Leste (Osttimor) nach langjährigen Beitrittsverhandlungen ASEAN bei. Timor-Leste ist in Bezug auf seine Bevölkerung und Wirtschaftskraft und Bevölkerungsgröße das kleinste bzw. zweitkleinste Mitglied. Doch auch wenn es wirtschaftlich starken Aufholbedarf aufweist, so ist es gemäß praktisch aller Demokratie-Indices doch jenes südostasiatische Land mit der höchsten Demokratiequalität in Südostasien.

Weiterhin ungelöst ist die Situation in Myanmar, wo ein brutales Militärregime die eigene Bevölkerung unterdrückt (siehe Kap. 2.4.). Die Pseudowahlen von Ende 2025/Anfang 2026 brachten erwartungsgemäß keine Verbesserung. Trotz zunehmender Kritik einiger ASEAN-Mitglieder an der mangelnden Umsetzung, etwa von Malaysia und den Philippinen, hielt die Assoziation am Minimalkompromiss des Fünf-Punkte-Konsens aus dem Jahr 2021 lange fest. Er sieht ein sofortiges Ende der Gewalt in Myanmar vor, weiters die Aufnahme eines konstruktiven Dialogs zwischen allen Beteiligten, die Vermittlung durch einen ASEAN-Sondergesandten, die Bereitstellung humanitärer Hilfe sowie den Besuch des ASEAN-Sondergesandten. Seit dem Amtsantritt der Regierung unter Premierminister Anutin Charnvirakul (Bhumjaithai-Partei) im September 2025 wirbt Thailand

nun aber verstärkt für eine „kalibrierte Wiederannäherung“ an Myanmar. Dabei bietet sich Thailand als „Brücke“ zwischen dem Nachbarland und der südostasiatischen Staatengemeinschaft an.¹ Begründet wird dieser Richtungswechsel einerseits mit thailändischen Sicherheitsinteressen und andererseits durch das bisherige Scheitern des Fünf-Punkte-Konsens.

Während die Situation in Myanmar also 2025 ungelöst blieb, kam im Juli ein kurzer, im Dezember 2025 jedoch erneut aufgeflammter militärischer Schlagabtausch zwischen Thailand und Kambodscha hinzu (siehe Kap. 3.2.). ASEAN war stets stolz darauf, dass es seit ihrer Gründung 1967 zu keinem nennenswerten gewaltsamen Konflikt zwischen ihren Mitgliedern gekommen war. Dass es bereits im Zeitraum zwischen 2008 und 2011 mehrfach zu Gefechten an der kambodschanisch-thailändischen Grenze gekommen war, wurde dabei in der öffentlichen Wahrnehmung oft übergangen. Das massive Ausmaß der Kämpfe im vergangenen Jahr macht ein solches Ignorieren nun aber nicht länger möglich. Trotz der aktiven Vermittlung des ASEAN-Vorsitzlandes Malaysia – und des amerikanischen Präsidenten Donald J. Trump – konnten die Ursachen des Konfliktes nicht behoben werden. Der ungelöste Konflikt zwischen Thailand, einem gewichtigen Gründungsmitglied, und Kambodscha untergräbt den Zusammenhalt wie auch die Glaubwürdigkeit ASEANs als starker Regionalorganisation.

Wirtschaftlich war ASEAN 2025 jedoch wie in den Jahren zuvor höchst erfolgreich. Kumuliert erzielten die elf Volkswirtschaften ein Wachstum von knapp über 4 %, wobei sich Vietnam, die Philippinen und Kambodscha besonders dynamisch entwickelten. 2024 wuchsen die ASEAN-10 um 4,8 %. Zwischen 2011 und 2024 betrug das Wachstum im Schnitt 4,3 %. Die Entwicklungsunterschiede zwischen den südostasiatischen Staaten bleiben jedoch groß. Lediglich Singapur gilt als Industriestaat, während die anderen ASEAN-Mitglieder entweder Schwellen- oder Entwicklungsländer sind.

ASEAN und die Europäische Union (EU) sind jene beiden Regionalorganisationen, die – trotz der großen Unterschiede zwischen ihnen – im internationalen Vergleich den höchsten Grad an Zusammenarbeit unter den Mitgliedern erreicht haben. Zudem fördern beide den Multilateralismus und die regelbasierte Ordnung nicht nur in der eigenen Region, sondern weltweit mit diplomatischen Initiativen. Angesichts ihrer weitgehenden Interessensübereinstimmung arbeiten sie in zahlreichen Politikbereichen eng zusammen. Zudem stehen beide Regionalbündnisse angesichts der sich verändernden geopolitischen und geökonomischen Weltlage vor ähnlichen strategischen Herausforderungen, die eine Vertiefung der bilateralen Kooperation in den nächsten Jahren als ratsam erscheinen lassen.

Dieser Beitrag zeichnet die Zusammenarbeit zwischen der EU und der ASEAN in Politik, Sicherheitspolitik und Wirtschaft seit den Anfängen in den 1970er Jahren nach und beleuchtet speziell die Beziehungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz mit der ASEAN. Der Beitrag schließt mit einem Ausblick auf die weitere Zusammenarbeit.

3.1.2. Ein kurzer Abriss der EU-ASEAN-Beziehungen seit 1967

Im Jahr 2027 wird sich die Aufnahme von Dialogbeziehungen zwischen der EU und der ASEAN auf Ebene der Außenministerinnen und Außenminister zum 50. Mal jähren. Sie wurden somit bereits zehn Jahre nach der Gründung von ASEAN im Jahr 1967 formell aufgenommen. Seitdem haben sich die Beziehungen zwischen den beiden Regionalorganisationen in Politik, Wirtschaft, Sicherheit, Bildung und Wissenschaft sowie in der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit kontinuierlich vertieft. Doch auch zwischen 1967 und 1977 gab es Kontakte, wobei diese hauptsächlich handelspolitisch ausgerichtet waren. Die ASEAN, namentlich die Mitglieder Malaysia und Singapur, wollten sich den Zugang zum Markt der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)² sichern, der die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien 1973 beigetreten war.³

Die EU hat seit ihrer Gründung ein großes Interesse, weltweit regionale Zusammenarbeit zu fördern, um einerseits den Multilateralismus – und damit Frieden und Stabilität – zu stärken. Andererseits bevorzugt Brüssel schon allein aus pragmatischen und zeitökonomischen Gründen Verhandlungen und Abkommen mit Länderblöcken statt mit einer Vielzahl von einzelnen Ländern.

1980 schlossen die EU und die ASEAN ein Kooperationsabkommen, das den Austausch weiter institutionalisierte und sich primär auf wirtschaftliche und entwicklungspolitische Zusammenarbeit konzentrierte. Letzteres war auch der kolonialen Vergangenheit von Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Portugal und Spanien in Südostasien geschuldet, die Entwicklungshilfe auch als eine Form der Wiedergutmachung betrachteten. Spätestens seit den 1980er Jahren strebt Brüssel eine prominentere Rolle in Südostasien an, insbesondere aufgrund der wirtschaftlichen Dynamik der Region, aber auch aufgrund sicherheitspolitischer Herausforderungen, die auch Europa direkt und indirekt berühren, etwa durch Bedrohungen der Seewege. Zudem erkannte Brüssel schon früh die Notwendigkeit, die Wichtigkeit der Region für Europa in den EU-Mitgliedstaaten besser zu

vermitteln. Gleichzeitig sollte die Funktionsweise der EU und ihre Interessen in Südostasien besser erklärt werden, um Vertrauen in die EU zu schaffen.⁴ In der Tat zeigen die jährlichen Erhebungen von ISEAS–Yusuf Ishak, eines Singapurischer Think-Tanks, dass die EU unter südostasiatischen Entscheidungsträgern eine hohe Glaubwürdigkeit bezüglich des Entstehens für eine regelbasierte internationale Ordnung genießt.

Im Rückblick erscheinen die 1990er Jahre als goldenes Zeitalter des Multilateralismus und der Ausweitung des Regionalismus im Weltmaßstab. Sowohl die EU als auch die ASEAN verfolgten damals eine Doppelstrategie der Vertiefung der regionalen Kooperation bzw. Integration und Erweiterung um neue Mitglieder. Die ASEAN-Gründungsmitglieder Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Thailand nahmen Vietnam (1995), Laos und Myanmar (1997) sowie Kambodscha (1999) auf; Brunei war bereits 1984 beigetreten. Der ASEAN gelang es dadurch, ihren Einfluss auf Nordostasien (ASEAN+3, ein Kooperationsformat mit China, Japan und Südkorea) und sukzessive die Region Asien-Pazifik auszuweiten. Insbesondere das sicherheitspolitische ASEAN Regional Forum (ARF), gegründet 1994, erwies sich als wichtige Institution, in der traditionelle und nicht-traditionelle Sicherheitsrisiken diskutiert werden. Die EU ist ein ARF-Gründungsmitglied. Die ASEAN ist auch eine zentrale Partnerin im 1996 gegründeten Asia-Europe Meeting (ASEM). In diesem losen intergouvernementalen Kooperationsmechanismus, der EU-Europa mit den ASEAN-Mitgliedern und 16 weiteren asiatischen Staaten verbindet, werden politische, ökonomische und zivilgesellschaftliche Themen, darunter Wissenschaft und Studierendenaustausch, besprochen.

Da in der Diplomatie neben Inhalten die Symbolik wichtig ist, wurden die Beziehungen in den beiden letzten Jahrzehnten formal stetig auf eine höhere Stufe gehoben. Die Nuremberg Declaration, die 2007 während der deutschen Ratspräsidentschaft verabschiedet wurde, begründete eine erweiterte Partnerschaft, die auch die Substanz der Beziehungen vertiefte: Mit ihr wurden die Beziehungen in Politik und Sicherheitspolitik, Wirtschaft und im sozio-kulturellen Bereich – mithin den drei Säulen der ASEAN Community – weiter formalisiert und der Dialog klarer strukturiert.

Die ASEAN erlangte erst 2007 aufgrund der Annahme der ASEAN-Charter eine internationale Rechtspersönlichkeit ähnlich der EU. Eine solche ist die Voraussetzung, um formale diplomatische Beziehungen zu schließen. Bereits 2008 einigten sich die EU und die ASEAN auf eben diese. Seit 2020 besteht eine strategische Partnerschaft, was die Tiefe des bilateralen Austausches unterstreicht. Neben regelmäßigen Treffen von Politikerin-

nen, Diplomatinnen und Expertinnen beider Seiten besteht in zahlreichen Politikbereichen eine enge Kooperation. Diese ist in der Regel konfliktfrei, sie wird daher problemorientiert und technokratisch umgesetzt, vor allem in Wirtschaftsfragen, aber auch bei der gemeinsamen Bekämpfung von Terrorismus und transnationalem organisiertem Verbrechen. Kontroversen ergeben sich bei Fragen von Demokratie und Menschenrechten – wobei der Umgang mit dem autoritären Militär-Regime in Myanmar seit Jahrzehnten ein Stein des Anstoßes ist – sowie Handelsthemen, wo die EU auf Einhaltung ihrer höheren Sozial- und Umweltstandards pocht. Insbesondere Palmöl – hier sind Indonesien und Malaysia die weltweit führenden Produzenten – ist in Handelsgesprächen immer noch ein strittiges Thema.

Im Dezember 2022 fand aus Anlass des 45-jährigen Bestehens der Beziehungen in Brüssel das erste EU-ASEAN-Gipfeltreffen auf Ebene der Staats- und Regierungschefs statt. Beide Seiten unterstrichen, dass die Partnerschaft auf gemeinsamen Werten und Prinzipien beruhe, wobei das Eintreten für eine regelbasierte internationale Ordnung, der Respekt für territoriale Integrität der Staaten und einen effektiven und nachhaltigen Multilateralismus hervorgehoben wurden. Ebenfalls, wiewohl schwächer betont wird die Notwendigkeit der Stärkung von Demokratie und Menschenrechten. Dies ist nicht verwunderlich, da die meisten südostasiatischen Staaten entweder semi-demokratische oder autoritäre Staatswesen sind. Zumindest gibt es einen regelmäßigen politischen Dialog, der auch Menschenrechte umfasst; das letzte Treffen fand im Oktober 2025 in Kuala Lumpur statt.

Bereits im August 2022 hatten beide Seiten bei einem Treffen in Kambodscha den Plan of Action to Implement the ASEAN-EU Strategic Partnership (2023–2027) angenommen, der den ASEAN-EU Plan of Action (2018–2022) fortschreibt und vertieft. Dieser Plan steckt die derzeit gültigen Leitlinien der Kooperation ab. Engere Zusammenarbeit wird in den Bereichen Sicherheit, Frieden und Stabilität, Wirtschaft, inklusive Digitalisierung und Konnektivität, und Umwelt angestrebt, wobei alle genannten Politikbereiche sehr umfassend definiert werden.

In der EU-Indopazifik-Strategie aus dem Jahr 2021 wird die ASEAN 30-mal erwähnt – und damit gemeinsam mit Indien häufiger als jeder andere Akteur. Dies reflektiert die Tatsache, dass die ASEAN die einzige internationale Organisation ist, die im Indopazifik tragfähige transregionale Strukturen in Politik, Wirtschaft und Sicherheit aufgebaut hat. Einmal mehr wird in der Strategie ASEANS regionale Zentralität im Indopazifik betont und die Relevanz von ASEAN-Institutionen wie dem ASEAN Regional Forum und der Einsatz der ASEAN für einen bindenden Verhaltensko-

dex im Südchinesischen Meer herausgestrichen. Der Beitritt der EU zum Treaty of Amity and Cooperation (TAC) im Jahr 2012 war ein wichtiges Signal, dass Brüssel die ordnungspolitische Rolle der ASEAN in Südostasien anerkennt und unterstützt. Im ARF arbeiten die europäischen Staaten eng mit ihren südostasiatischen Partnern zusammen und leisten konkrete Unterstützung im Bereich nicht-traditioneller Sicherheit, etwa beim Informationsaustausch bezüglich der Bekämpfung von Terrorismus und transnationaler Kriminalität oder bei der Minenräumung.

Die EU unterhält in sämtlichen ASEAN-Mitgliedstaaten bis auf Brunei Darussalam, das via Indonesien abgedeckt wird, Delegationen, also De-facto-Botschaften, die auch für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig sind; zudem ist sie mit einer eigenen Repräsentanz am ASEAN-Sekretariat in Jakarta vertreten. Dass die EU eine derart starke Präsenz markiert, ist für die ASEAN mehr als nur symbolisch bedeutsam. Brüssel leistet zudem technische Unterstützung für das ASEAN-Sekretariat und ausgewählte ASEAN-Initiativen mit dem Ziel, den Regionalismus in Südostasien weiter zu stärken. Auch die 27 EU-Mitgliedstaaten haben in den südostasiatischen Ländern diplomatische Vertretungen, wiewohl nicht alle in sämtlichen Staaten; umgekehrt sind die elf südostasiatischen Länder in den EU-Staaten und am EU-Hauptsitz in Brüssel stark präsent. Aus Kostengründen gibt es jedoch häufig regionale Botschaftshubs, so ist beispielsweise die philippinische Botschaft in Österreich auch für Kroatien, die Slowakei und Slowenien zuständig.

Dem regelmäßigen, stark formalisierten Dialog zum Trotz muss festgehalten werden, dass der Austausch zwischen der EU und der ASEAN weniger tief und weniger stark institutionalisiert ist als zwischen anderen Partnern.⁵ Dies gilt sowohl für die EU als auch für die ASEAN. Ein Beleg dafür ist, dass die ASEAN der EU noch immer nicht den langgehegten Wunsch erfüllt hat, Mitglied im East Asia Summit (EAS) zu werden, um den Großmächten USA, China, Russland, aber auch den Mittelmächten Australien, Indien, Japan und Südkorea sowie Neuseeland bei den jährlichen Gipfeltreffen auf Augenhöhe begegnen zu können. Immerhin lud der malaysische ASEAN-Vorsitz den Präsidenten des Europäischen Rates, António Costa, erstmals zum jährlichen ASEAN-Gipfeltreffen am 26. und 27. Oktober 2025 ein.

3.1.3. Enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EU und der ASEAN

Wirtschaftlich sind sowohl die EU mit einer auf 27 Mitglieder verteilten Bevölkerung von knapp 450 Millionen und die ASEAN mit fast 690 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern in seit 2025 elf Mitgliedstaaten globale Schwergewichte. Sicherheitspolitisch ist der Einfluss beider Regionalorganisationen jedoch beschränkt. Selbst in der jeweils eigenen Region ist ihre Macht aufgrund der starken Rolle der Großmächte, allen voran der USA und Chinas sowie in Europa zusätzlich Russlands, eingeschränkt.

Trotz zahlreicher überlappender Ziele und institutioneller Gemeinsamkeiten bestehen zwischen den beiden Regionalorganisationen signifikante Unterschiede: Der wesentlichste ist, dass die ASEAN anders als die EU keine supranationale Zusammenarbeit anstrebt, sind doch Respekt für die nationale Souveränität und Nichteinmischung in innenpolitische Angelegenheiten seit der Gründung von ASEAN 1967 sakrosankte Grundprinzipien. Entsprechend lässt sich lediglich in einigen wirtschaftlichen Bereichen von Integration sprechen, in allen anderen Bereichen kooperieren die ASEAN-Mitglieder bloß oder konsultieren einander. Jedoch basiert auch innerhalb der EU die Zusammenarbeit etwa in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) auf intergouvernementaler Zusammenarbeit, sind diese Politikbereiche doch hochsensibel, da sie die Kernbereiche nationalstaatlicher Souveränität betreffen.

Das größte Potenzial zur weiteren Vertiefung der EU-ASEAN-Beziehungen besteht eindeutig im wirtschaftlichen Bereich. Einerseits ist Südostasien traditionell eine der wachstumsstärksten Weltregionen, andererseits nimmt die Kaufkraft der Mittelschicht stetig zu. Während die ASEAN der drittgrößte außereuropäische Handelspartner der EU ist, ist die EU nach China und den USA der drittgrößte Handelspartner der ASEAN. Zudem sind die EU-27 die zweitgrößte Quelle von Investitionen in Südostasien, nach den USA, aber noch vor China. Die EU ist weiters traditionell eine führende Partnerin in der Entwicklungszusammenarbeit mit Südostasien.

Zudem benötigen die südostasiatischen Schwellen- und Entwicklungsländer dringend ausländisches Kapital und Know-how, um den nächsten Modernisierungs- und Wachstumsschritt tätigen zu können. Ferner besteht namentlich im Bereich der Infrastruktur in Südostasien großer Nachholbedarf. Letztere ist breit definiert und reicht von Straßen, Flughäfen, Krankenhäusern/Spitälern, Energie- und Wasserversorgung bis Bildung und Digitalisierung.

Anlässlich des EU-ASEAN-Gipfels im Dezember 2022 stellte die EU ein Investitionspaket in Höhe von 10 Milliarden Euro unter dem Dach der Global Gateway Initiative (GGI) für Südostasien vor. Die GGI folgt dem „Team Europe“-Ansatz, d.h. die EU-Mitgliedstaaten können sich freiwillig an Investitionsvorhaben beteiligen, wodurch sich zusätzliche Finanzierungsmittel ergeben, andererseits eröffnen sich Geschäftsmöglichkeiten für die Unternehmen aus den involvierten Mitgliedsländern. Die mit einem Mobilisierungsvolumen von 300 Milliarden Euro (2021–2027) ausgestattete GGI illustriert indes auch, dass die EU häufig eine Spätzüglerin ist. Denn Japan fördert bereits seit den 1960er Jahren tatkräftig den Ausbau der Infrastruktur in Südostasien, insbesondere in der Mekong-Subregion, während Chinas Belt-and-Road-Initiative (BRI) seit ihrem Start 2013 einen Schwerpunkt auf Südostasien legt. Die ASEAN hat 2016 mit dem ASEAN Master Plan on Connectivity 2025 einen detaillierten Infrastrukturplan vorgelegt, in dem infrastrukturelle Prioritäten festgelegt werden.

Die Europäische Union und die meisten Mitgliedstaaten verfolgen eine De-Risking-Strategie von China, um die Abhängigkeiten von Technologien oder Rohstoffen wie seltenen Erden aus dem Reich der Mitte zu reduzieren.⁶ Südostasien stellt zwar keine Alternative zu China, aber eine wichtige Ergänzung im Sinne einer „China plus one“-Strategie dar. Entsprechend sind in den nächsten Jahren erhöhte europäische Investitionen in Südostasien und die Verlagerung von Produktionsstätten aus China in die Region zu erwarten. Südostasiatische Länder sind jedoch auch angesichts ihrer jungen und zumeist gut ausgebildeten Bevölkerung wichtige Partner für die Anwerbung von Arbeitskräften. So sind die DACH-Länder etwa an Pflegekräften aus den Philippinen und Vietnam oder Facharbeitern aus Indonesien interessiert.

Eine auch international hoch gelobte Kooperationsvereinbarung schlossen Brüssel und die ASEAN 2022 in Form des ASEAN-EU Comprehensive Air Transport Agreement (CATA), das weltweit erste Luftverkehrsabkommen zwischen zwei regionalen Blöcken. Es vereinheitlicht die zwischen den einzelnen Staaten geschlossenen Abkommen. Ziel ist die Liberalisierung und Ausweitung des Flugverkehrs zwischen den EU- und ASEAN-Mitgliedstaaten und die Schaffung fairer und einheitlicher Regeln für die Fluglinien. Das Abkommen wurde jedoch noch nicht von allen Staaten ratifiziert.

In einem wesentlichen Wirtschaftsbereich gab es in den letzten Jahren keinerlei Fortschritte, nämlich hinsichtlich des Abschlusses eines EU-ASEAN-Freihandelsabkommens. Die Verhandlungen liegen auf Eis, wobei EU-Vertreter primär die unterschiedliche Wirtschaftskraft der einzelnen

ASEAN-Mitglieder anführen, welche ein Gesamtabkommen schwierig machen.⁷ Stattdessen verhandelt Brüssel mit einzelnen ASEAN-Staaten. Mit Singapur (2019) und Vietnam (2020) sind bereits Abkommen in Kraft, mit Indonesien einigte man sich im Oktober 2025; das Abkommen soll im Laufe des Jahres 2027 in Kraft treten. Seit 2023 verhandelt die EU erneut mit Thailand, seit 2024 mit den Philippinen und seit Anfang 2025 mit Malaysia. Namentlich Indonesien und Malaysia haben ihre Sozial- und Umweltstandards bei der Palmölgewinnung erhöht und somit das größte Hindernis in den bilateralen Verhandlungen ausgeräumt.⁸ Auch wenn der Abschluss bilateraler Abkommen mit einzelnen ASEAN-Mitgliedern anstelle mit der gesamten ASEAN nicht die optimale Variante ist, so belegt dieser Ansatz doch den Wunsch, die Zusammenarbeit weiter auszubauen, und dies auf pragmatisch-flexible Weise zu erreichen. Zudem scheint er realpolitisch begründet, zeigt doch das umstrittene Abkommen der EU mit dem Mercosur-Block, wie groß der Widerstand in vielen EU-Mitgliedstaaten, darunter in Österreich, gegenüber regionalen Freihandelsabkommen ist.

3.1.4. Ein Ausblick auf die weitere Kooperation – gemeinsame geopolitische Herausforderungen

Generell stehen die Chancen in den nächsten Jahren sehr gut, dass die EU-ASEAN-Beziehungen in den wirtschaftlichen, politischen, sicherheitspolitischen, kulturellen, wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Bereichen noch enger werden. Dies hängt einerseits am wachsenden wechselseitigen Interesse aneinander – andererseits an den spätestens seit Donald J. Trumps Rückkehr in das Weiße Haus im Jänner 2025 geänderten geopolitischen und geoökonomischen Rahmenbedingungen. Seitdem verstärkt sich die Entwicklung zu einer Weltordnung, in der Großmächte, namentlich China, Russland und die Vereinigten Staaten, ihre Interessen rücksichtslos, teilweise unter Androhung oder sogar Ausübung von Gewalt gegen Schwächere durchsetzen. Die sogenannte regelbasierte Ordnung, die auf dem Völkerrecht, Multilateralismus und Kooperation beruht und von der die schwächeren Mächte ganz besonders profitieren, gerät zusehends unter Druck.

In dieser sich ausprägenden neuen Weltordnung stellt sich grundsätzlich die Frage nach der geopolitischen Relevanz der ASEAN und der EU. Der Erfolg und Einfluss beider Regionalorganisationen gründet sich nämlich auf der Einhaltung von internationalem Recht und der bestehenden Ord-

nung durch größere Mächte. Wie man gerade schmerzlich sieht, fehlen der EU wie der ASEAN die Machtmittel, die sicherheitspolitische Ordnung selbst in der eigenen Region zu verteidigen – im Falle von ASEAN betrifft dies primär das Südchinesische Meer, im Falle der EU ist es die Post-1989-Ordnung in Europa, die Russland mit seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine erschüttert.

Doch noch ist die alte Ordnung nicht rettungslos verloren. Umso bedeutsamer wäre eine stärkere Zusammenarbeit von kleineren Akteuren und Mittelmächten, wie es die EU und die ASEAN trotz ihrer hohen Wirtschaftskraft, aber wegen der fehlenden militärischen Macht nun einmal sind, um das internationale Regelwerk und den Multilateralismus so gut wie möglich am Leben zu halten. Die ASEAN und die EU verfügen sowohl in der eigenen Region als auch international über die entsprechende Glaubwürdigkeit und Erfahrung. Allerdings verstehen beide Organisationen die regelbasierte Ordnung durchaus unterschiedlich: Während Konsens dahingehend besteht, dass Völkerrecht und Multilateralismus die tragenden Säulen sind, betont die EU zusätzlich liberale Werte wie Demokratie und Menschenrechte. Die unterschiedlichen Prioritäten zeigen sich beispielhaft an Myanmar: Die EU kritisiert nicht nur die schreckliche Menschenrechtssituation im von einer brutalen Militärjunta regierten Land, sondern prangert mitunter den aus ihrer Sicht mangelnden Willen der ASEAN an, dem Regime entschlossen entgegenzutreten – war aber selber nach dem Putsch von 2021 nicht gewillt, das wirtschaftliche Engagement europäischer Unternehmen in dem Land zu sanktionieren. Die tatsächlichen Einflussmöglichkeiten der ASEAN und der einzelnen Mitglieder auf die Junta sind allerdings realistisch betrachtet stark eingeschränkt.

Ein Beispiel für eine funktionierende, aber ausbaufähige interessens- wie wertebasierte Zusammenarbeit ist der Schutz der maritimen Sicherheit, der Freiheit des Handels und des Seerechts im Südchinesischen Meer. Ungefähr 40 % des europäischen Handels werden über diesen auch global vitalen Seeweg abgewickelt. China beansprucht knapp 90 % des Südchinesischen Meeres für sich – ein Anspruch, der 2016 vom Internationalen Schiedshof in Den Haag klar zurückgewiesen wurde. Auch zehn Jahre später hat Peking diesen Schiedsspruch nicht akzeptiert. Die EU könnte Brunei, Malaysia, die Philippinen und Vietnam, deren Territorialansprüche teilweise stark mit denen Chinas überlappen, sowie ASEAN im Konflikt im Südchinesischen Meer mit regelmäßigen diplomatischen Statements, die die Gültigkeit des Schiedsspruches betonen, stärker unterstützen. Auch die sicherheitspolitische Zusammenarbeit könnte verstärkt werden, etwa in

3.1. ASEAN: Die Beziehungen der EU und der DACH-Länder mit der ASEAN

Form eines regelmäßigen maritimen Dialogs zwischen der EU und ASEAN und des Ausbaus des CRIMARIO II-Programms zur maritimen Sicherheit. Einen europäischen Mehrwert würde die Umsetzung des „Team Europe“-Ansatzes schaffen, also eine Kooperation zwischen der Europäischen Kommission und einzelnen Mitgliedstaaten, wobei Letztere konkrete und militärische Unterstützung leisten. Bereits jetzt finden gemeinsame Militär- und Marinemanöver oder Trainings zwischen EU- und ASEAN-Mitgliedstaaten statt; Frankreich und Deutschland liefern auch Rüstungsgüter, namentlich an die Philippinen. Paris unterhält zudem eine bedeutende militärische und navale Präsenz in der Region. Auch wenn Deutschland nur alle zwei, drei Jahre ein oder zwei Kriegsschiffe durch das Südchinesische Meer schickt, so ist diese Präsenz aus Sicht einiger südostasiatischer Staaten doch symbolisch bedeutsam.

Ganz grundsätzlich heißt die ASEAN die EU, so wie auch andere Staaten und internationale Organisationen, „strukturell“ willkommen. Denn sie und die südostasiatischen Staaten verfolgen außen- und sicherheitspolitisch mehrheitlich eine Hedging-Strategie.⁹ Diese besagt, dass sie nicht dazu gezwungen werden möchten, sich strategisch zwischen den USA und China entscheiden zu müssen. Vielmehr suchen sie enge Beziehungen mit beiden Supermächten: mit Washington vorwiegend sicherheitspolitisch, aber auch wirtschaftlich, mit China primär ökonomisch. Eine weitere Voraussetzung, um einseitige Abhängigkeiten von einer der beiden Mächte zu vermeiden, ist das Eingehen von engen Beziehungen mit zahlreichen anderen Partnern. Wirtschaftlich ist die EU, wie oben beschrieben, ein zentraler Partner, doch im immer wichtiger werdenden Sicherheits- und Verteidigungsbereich sind andere Länder eindeutig relevanter, darunter Japan, Indien, Australien und Südkorea.

3.1.5. Die Beziehungen der DACH-Länder mit der ASEAN

Als EU-Mitglieder sind Deutschland und Österreich in die Strategie und Diplomatie der EU gegenüber der ASEAN direkt eingebunden und entscheiden diese mit. Anders als das kleine Österreich unterhält Deutschland darüber hinaus eigene, allerdings begrenzte Beziehungen mit dem südostasiatischen Staatenbund. In den *Leitlinien der Bundesregierung zum Indo-Pazifik* (2020) hebt Berlin die strategische Relevanz der ASEAN in der Großregion hervor.¹⁰ Im Dezember 2025 legte die Landesregierung von Baden-Württemberg eigene Leitlinien für die Asien-Pazifik-Region

vor, in der der ASEAN ein eigenes Kapitel gewidmet ist. Die Schweiz hat keine Indopazifik-Strategie, stattdessen veröffentlichte sie im Februar 2023 erstmals eine eigene Südostasien-Strategie (für den Zeitraum von 2023 bis 2026). Auf 56 Seiten geht sie ausführlich auf die ASEAN und jedes einzelne südostasiatische Land ein, wobei sie für jedes klare Prioritäten in der Zusammenarbeit in den Bereichen Frieden und Sicherheit, Wohlstand, Nachhaltigkeit und Digitalisierung definiert. Österreich hat bis jetzt weder eine Strategie für den Indopazifik noch für Südostasien verabschiedet. Allerdings ist die Alpenrepublik generell keine Verfechterin von regionsspezifischen außenpolitischen Strategien.

Politisch fokussiert sich Deutschland in Südostasien auf die Stärkung der multilateralen Zusammenarbeit, wobei der ASEAN-zentrierten Sicherheitsarchitektur und ASEANs ordnungspolitischem Potential eine Schlüsselrolle zufällt.¹¹ Neben Frieden und Stabilität stehen thematisch die wirtschaftliche, klimapolitische und entwicklungspolitische Zusammenarbeit im Mittelpunkt. Der Treaty of Amity and Cooperation aus dem Jahr 1976 ist ein für die ASEAN bedeutsamer Vertrag, der die Zentralität von ASEANs Normen und Werten für die Ausgestaltung der Regionalordnung kodifiziert. Alle wesentlichen Dialogpartner sind diesem Vertragswerk beigetreten, darunter 2012 die EU. Deutschland ist seit 2019 Vertragspartei; Österreich hat Ende 2025 einen Beitrittsantrag gestellt, die Schweiz noch nicht.

Deutschland unterhält mit Ausnahme von Osttimor in sämtlichen südostasiatischen Ländern Botschaften und seit 2009 zusätzlich einen Ständigen Vertreter in Jakarta, der für ASEAN zuständig ist. Als kleines Land hat Österreich relativ viele Botschaften in Südostasien, hinzu kommen wie im Falle der beiden anderen DACH-Länder mehrere Honorarkonsulate. Da Wien einer der Hauptsitze der Vereinten Nationen ist, sind an den südostasiatischen Botschaften in der Bundeshauptstadt zahlreiche Diplomateninnen und Diplomaten stationiert. Die Botschafterinnen und Botschafter organisieren sich im ASEAN Vienna Committee (AVC) mit dem Ziel, ihre Zusammenarbeit mit den in Wien ansässigen internationalen Organisationen und der Republik Österreich zu vertiefen sowie die Sichtbarkeit ASEANs in Österreich zu erhöhen. Im Gespräch ist auch die Gründung eines eigenen ASEAN-Hauses in Wien.

Die Schweiz hat Botschaften in den großen südostasiatischen Staaten, von wo auch die Beziehungen zu den kleineren Ländern wahrgenommen werden. So ist die Botschaft in Thailand auch für Laos und Kambodscha zuständig. Seit 2016 ist Bern ein sogenannter Sectoral Dialogue Partner der ASEAN. Einmal jährlich tagt das ASEAN-Schweiz Joint Sectoral

Cooperation Committee, das auf hoher Beamtenebene u.a. Themen wie Frieden und Versöhnung, Energie, Wissenschaft, Technologie und Innovation, Informationstechnologien, Digitalisierung, Nachhaltigkeit oder Konnektivität bespricht.

Zusätzlich zu ihren diplomatischen Vertretungen unterhalten alle drei DACH-Länder Außenhandelsvertretungen in Südostasien, die eng mit den Botschaften kooperieren und Informationen und Unterstützung für Wirtschaftstreibende bieten. Die sieben deutschen Vertretungen in der Region sind als AHK ASEAN zusammengeschlossen. Im März 2024 eröffnete Germany Trade and Invest (GTAI) einen Hub in Singapur an einem gemeinsamen Standort mit der AHK ASEAN. Neben Singapur ist die GTAI in fünf weiteren südostasiatischen Staaten präsent, um deutsche Unternehmen beim Markteintritt in der Region zu beraten. Die Swiss Business Hubs bieten Schweizer Unternehmen Unterstützung, die Außenwirtschaft Austria (Advantage Austria) österreichischen. Die Vertretungen organisieren Reisen, Ausstellungsmöglichkeiten an Messen und Vernetzen „ihre“ Unternehmen mit südostasiatischen.

2024 belief sich Deutschlands Handel gemäß ASEAN-Statistiken mit den damals ASEAN-10 auf 79,7 Milliarden Euro, wobei Deutschland Güter im Wert von 52,2 Milliarden importierte. Gemäß den jeweiligen nationalen Statistiken betrug Österreichs Handelsaustausch mit Südostasien 2024 knapp 6,8 Milliarden Euro (Einfuhren: 4,6 Milliarden Euro), der Schweizer Handelsaustausch 28,3 Milliarden US-Dollar.

Anders als die beiden EU-Mitglieder Deutschland und Österreich kann die Schweiz eigenständig Handelsabkommen aushandeln. Sie macht dies jedoch in der Regel gemeinsam mit den anderen Mitgliedern der Europäischen Freihandelsassoziation (englisch: European Free Trade Association, EFTA), nämlich Island, Liechtenstein und Norwegen. Die EFTA hat Freihandelsabkommen mit Singapur (in Kraft seit 2003), den Philippinen (2018) und Indonesien (2021) abgeschlossen, ebenso hat sie bereits die Verhandlungen mit Thailand und Malaysia beendet (beide im Jahr 2025), doch sind diese noch nicht in Kraft getreten. Die Verhandlungen mit Vietnam laufen seit 2024.

Berlin hat seit 2016 den Status als offizieller Entwicklungspartner der ASEAN. Entwicklungspolitische Projekte werden durch die Ministerien für Auswärtiges sowie wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert. Umgesetzt werden sie durch die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und andere Agenturen. In Laos beispielsweise engagiert sich Deutschland

beim Schutz bedrohter Ökosysteme, der Stärkung von Landrechten als Grundlage für die Ernährungssicherheit, der Modernisierung der Berufsausbildung sowie der Förderung von Dialog und Teilhabe im autoritär regierten Land. Berlin leistet zudem so wie die EU technische Unterstützung für das ASEAN-Sekretariat in Jakarta.

Die Austrian Development Agency (ADA) hat im letzten Jahrzehnt einige umfangmäßig kleinere entwicklungspolitische Projekte in Indonesien, Kambodscha, Laos, Myanmar, den Philippinen, Timor-Leste und Vietnam durchgeführt, allerdings ist kein einziges südostasiatisches Land ein Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Für die Schweiz ist Südostasien hingegen eine wichtige Region in der Entwicklungszusammenarbeit. Seit 1976 wird mit Indonesien kooperiert, seit 1991 mit Vietnam (beides sind Schwerpunktländer des Staatssekretariats für Wirtschaft – SECO). Internationale Zusammenarbeit (IZA) besteht darüber hinaus mit Laos (seit 2006), Kambodscha (seit 2012) und Myanmar (seit 2013). In diesem von Gewalt und Unterdrückung gebeutelten Land unterhält Bern zudem ein friedenspolitisches Programm. Doch auch die südostasiatischen Länder werden wohl von den Sparzwängen, die aktuell in der Schweizer IZA herrschen, nicht verschont bleiben.

Medial genießt Südostasien in den DACH-Ländern zunehmend mehr Aufmerksamkeit, und auch seitens der Studierenden steigt das Interesse an der Region Südostasien. Dennoch sind die Südostasienwissenschaften an den Universitäten im DACH-Raum vergleichsweise unterrepräsentiert. Generell ist die Südostasien-Forschung hier stark trans- und interdisziplinär und in der Regel auf einzelne Länder ausgerichtet, was sich auch in den Forschungsprofilen der Südostasien-Spezialisten und -Spezialistinnen zeigt, die der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde (DGA) angehören, die die DACH-Region abdeckt.

In Deutschland bieten die Universitäten Bonn, Hamburg, Frankfurt und die Humboldt-Universität Berlin Studienprogramme oder einschlägige Kurse an, darunter auch Sprachkurse (etwa in Thai, Indonesisch und Vietnamesisch). Die Goethe-Universität Frankfurt bietet ein Bachelor-Programm zu Sprachen und Kulturen Südasiens sowie das englischsprachige Master-Programm Southeast Asian Studies. Die Humboldt-Universität hat am Institut für Asien- und Afrikawissenschaften zwei Lehrstühle (Gesellschaften und Kulturen Südasiens und Transregionale Südasiensstudien) und eine Gastprofessur zu Südostasien (Insulares Südostasien), während es an der Universität Passau an der Sozial- und Bildungswissenschaftlichen Fakultät einen Lehrstuhl für Kritische Entwicklungsforschung Süd-

ostasien gibt. Ein Bachelor-Studiengang Südostasienwissenschaften kann an der Universität Bonn absolviert werden, ein Bachelor- und Master-Studiengang zu Sprachen und Kulturen Südasiens an der Universität Hamburg. Südostasien wird zudem im Rahmen von Studienprogrammen wie Internationale Beziehungen oder Area Studies vertiefend behandelt, etwa an der Universität Rostock. Mit Südostasien – allerdings als Teil eines größeren geografischen Schwerpunktes – befassen sich zudem einige außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, darunter das GIGA Institut für Asien-Studien (das seit 2009 *The Journal of Current Southeast Asian Affairs* herausgibt), die Stiftung Wissenschaft und Politik, das Asienhaus und die Bertelsmann Stiftung.

In Österreich gibt es lediglich an der Universität Wien ein Institut für Ostasienwissenschaften, das im Rahmen des Masterprogramms East Asian Economy and Society (EcoS) auch Südostasien abdeckt (wobei der Autor dieser Zeilen der einzige Südostasien-Experte am Institut ist). Allerdings gibt es nach wie vor weder einen eigenen Lehrstuhl für Südostasienwissenschaften, noch werden südostasiatische Sprachen unterrichtet. Es bieten jedoch auch andere Institute, auch an anderen österreichischen Universitäten, vereinzelt Kurse mit Südostasien-Bezug an. Im Jahr 2008 wurde das interdisziplinäre *Austrian Journal of South-East Asian Studies* (ASEAS) von einer Gruppe von Nachwuchswissenschaftlern und Nachwuchswissenschaftlerinnen gegründet, das heute unter dem Namen *Advances in Southeast Asian Studies* erscheint. Seit 1994 besteht das von der Regierung finanzierte ASEA-UNINET, das den wissenschaftlichen Austausch zwischen österreichischen und südostasiatischen Universitäten mit kleineren Geldsummen fördert. Der Think-Tank Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) behandelt Südostasien im Rahmen seines Indopazifik-Schwerpunktes, zudem organisiert das Central European Institute of Asian Studies (CEIAS; mit Büros in Bratislava, Prag und Wien) öffentliche Veranstaltungen in Österreich zu Südostasien.

In der Schweiz bietet an der Universität Zürich das Institut für Sozialanthropologie und Empirische Kulturwissenschaft ein breites Forschungs- und Lehrangebot zu Südostasien, inklusive Sprachen (Khmer, Indonesisch oder Tagalog). Die Universität St. Gallen hat 2011 in Singapur ihr erstes internationales Institut eröffnet, das St. Gallen Institute of Management in Asia. An anderen Schweizer Universitäten wird Südostasien als Teil von umfangreicheren Asien- oder entwicklungspolitisch ausgerichteten Studienprogrammen behandelt, etwa an der Universität Bern am Centre for Development and Environment.

Einen wertvollen Beitrag zur Förderung des Dialogs mit den südostasiatischen Ländern und insbesondere der Zivilgesellschaft leisten die großen deutschen parteinahen Stiftungen: die Konrad-Adenauer-Stiftung (sechs Büros in der Region), die Friedrich-Ebert-Stiftung (vier), die Friedrich-Naumann-Stiftung (vier), die Hanns-Seidel-Stiftung (fünf), die Heinrich-Böll-Stiftung (zwei Büros) sowie die Rosa-Luxemburg-Stiftung (ein Büro). Eine immer größere Öffentlichkeit erreichen in den DACH-Ländern Vereine von südostasiatischen Immigrantinnen und Immigranten, insbesondere durch künstlerische, kulturelle und kulinarische Aktivitäten. Nicht zu unterschätzen ist auch die Bedeutung des Tourismus, wobei nicht nur Europäerinnen und Europäer nach Südostasien reisen, sondern immer mehr Besucherinnen und Besucher aus Südostasien in die DACH-Länder.

3.1.6. *Conclusio*

Ein halbes Jahrhundert ist eine lange Zeit in der internationalen Politik. Umso erstaunlicher ist, dass es in dieser Zeitspanne keine gravierenden politischen Spannungen in den Beziehungen zwischen ASEAN und der EU gegeben hat. Sie haben sich seit den 1970er Jahren schrittweise vertieft und wurden kontinuierlich stärker formalisiert. Andererseits muss jedoch auch kritisch festgehalten werden, dass die Beziehungen noch nicht so eng und verdichtet sind, wie sie angesichts des regionalpolitischen und wirtschaftlichen Gewichts beider Organisationen sein könnten.

Das Jahr 2027, in dem sich die Aufnahme der Dialogbeziehungen zum 50. Mal jährt, bietet eine goldene Gelegenheit für die EU und die ASEAN, die Kooperation auszubauen, etwa in Politik, Sicherheit, Wirtschaft, Forschung und Technologie, Bildung, Kultur und bei der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit. Vorteilhaft ist auch, dass das derzeitige ASEAN-Vorsitzland – die Philippinen – und das nächstjährige – Singapur – große Sympathien für die EU hegen. Das für 2027 geplante hochrangige EU-ASEAN-Gipfeltreffen wird die Sichtbarkeit Südostasiens in Europa und diejenige Europas in Südostasien jedenfalls erhöhen. Weitere öffentlichkeitswirksame Aktionen, etwa Filmwochen oder Kunstausstellungen, aber auch eine verstärkte Präsenz von südostasiatischen Unternehmen bei Messen in Europa und umgekehrt sowie ein intensivierter wissenschaftlicher Austausch könnten die Beziehungen weiter stärken, zudem sollten die Zivilgesellschaften vermehrt eingebunden werden.

Da der Abschluss eines EU-ASEAN-Freihandelsabkommens in naher Zukunft unrealistisch ist, sollte sich die EU auf das Aushandeln von Han-

dels- und Investitionsabkommen mit den einzelnen ASEAN-Mitgliedern konzentrieren. Diese würden den wirtschaftlichen Austausch weiter beleben. Der wichtigste Katalysator für eine engere Zusammenarbeit bleibt jedoch die auf nachholender Entwicklung beruhende wirtschaftliche Dynamik Südostasiens. Die europäische Strategie des De-Riskings von China macht die Region für europäische Unternehmen strategisch noch interessanter.

Doch nicht nur im wirtschaftlichen Bereich sollte die EU einen stärkeren Beitrag in Südostasien leisten, sondern auch sicherheitspolitisch. Denn Krisen und Konflikte in der Region haben unmittelbare Auswirkungen auf Europa – man denke nur an eine militärische Auseinandersetzung im Südchinesischen Meer, die zu einer längeren Störung des Welthandels führen würde. Die EU und ASEAN sollten deshalb ihren sicherheitspolitischen Dialog intensivieren. Zudem kann Europa in Gestalt einiger williger EU-Mitgliedstaaten und unter Einbeziehung Großbritanniens durch Training, Ausbildung und Rüstungsgeschäfte einen prominenteren Beitrag zur Stärkung der Sicherheit der südostasiatischen Staaten leisten.

Eine engere Zusammenarbeit zwischen der EU und der ASEAN liegt nicht zuletzt aufgrund der aktuellen geopolitischen und geoökonomischen Verwerfungen im Interesse beider. Beide Regionalorganisationen halten die regelbasierte Ordnung und den Multilateralismus hoch – ihre vertiefte Kooperation kann diesbezüglich ein Beispiel für andere internationale Institutionen setzen. Denn selbst wenn die Welt nach dem Ende von Trumps Amtszeit 2029 nie wieder so sein wird wie zuvor, so besteht doch die Hoffnung, dass die internationale Gemeinschaft bald wieder die Bedeutung einer auf dem Völkerrecht und gemeinsam anerkannten Regeln und Normen basierenden Ordnung erkennt.

Förderung

Die Arbeit an diesem Beitrag wurde durch EU NextGenerationEU through the Recovery and Resilience Plan for Slovakia, Projektnummer 09I03–03-V04–00462 (August 2024 bis Juli 2026), gefördert.

Notes

- 1 Ministry of Foreign Affairs of Thailand, „Minister of Foreign Affairs holds discussion with Minister of Foreign Affairs of Myanmar in Phuket province“, press release,

19. Februar 2026, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://mfa.go.th/en/content/fm-talks-with-myanmar-fm-2?cate=5d5bcb4e15e39c306000683e&menu=5d5bd3da15e39c306002aafa>.
- 2 Der Einfachheit halber wird für das europäische Integrationsbündnis hier durchgängig die Bezeichnung EU verwendet.
- 3 Jürgen Rüländ, *ASEAN and the European Union: A Bumpy Interregional Relationship* (Bonn: Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, 2001), https://edz.bib.uni-mannheim.de/www-edz/pdf/zei/dp_c95.pdf.
- 4 Commission of the European Communities, *Towards a New Asia Strategy: Communication from the Commission to the Council*, COM(94) 314 final (Brüssel, 13. Juli 1994).
- 5 Guangyu Qiao-Franco, Aleš Karmazin und Michal Kolmaš, „The Indo-Pacific and the Next Phase of ASEAN Centrality“, *Journal of Current Southeast Asian Affairs* 44, Nr. 3 (2025): 413–435, hier 424.
- 6 Nur Shahadah Jamil und Alfred Gerstl, „De-Risking China: The Evolution of European Strategic Thinking (2019–2024)“, in: *Unpacking 'De-Risking' China in the Indo-Pacific Region: Origin, Evolution and Variations*, hrsg. von Karl Chee Leong Lee, Jens Damm, Nurliana Kamaruddin, Nur Shahadah Jamil und Alan Hao Yang (Abingdon: Routledge, 2026), 13–30.
- 7 Interviews des Autors mit Repräsentantinnen und Repräsentanten des European External Action Service und Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Brüssel, November 2025, sowie verschiedenen südostasiatischen Diplomaten und Diplomatinen in Mitteleuropa im Jahr 2025.
- 8 Einen regelmäßig aktualisierten Überblick über die Beziehungen der EU mit ASEAN und ausgewählter mittelosteuropäischer Länder, inklusive Österreich, gibt der European-Southeast Asian Relations-Tracker (EUSEAR-Tracker), <https://euseartracker.ceias.eu/tracker>.
- 9 Alfred Gerstl, *Hedging Strategies in Southeast Asia: ASEAN, Malaysia, the Philippines, and Vietnam and Their Relations with China* (Abingdon: Routledge, 2022); und Alfred Gerstl, „Southeast Asia’s Grand Strategy: Hedging“, *Georgetown Journal of International Affairs*, 12. August 2024, <https://gjia.georgetown.edu/2024/08/12/southeast-asias-grand-strategy-hedging/>.
- 10 Kristina Kironska, Alfred Gerstl, Renate Westlake, Nick Nieschalke, Valentin Hoffmann, und Matej Simalcik, *Strategies and Approaches of EU Countries to the Indo-Pacific Region: Implications for Slovakia* (Bratislava: Central European Institute of Asian Studies (CEIAS), 2023), https://ceias.eu/wp-content/uploads/2024/01/SK-MOFA_In doPac_paper.pdf.
- 11 Felix Heiduk und Nora Hell, „Der ASEAN-Gipfel 2025: Mehr als nur eine Bühne für Trump“, *SWP Aktuell*, Nr. 49, November 2025, <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2025A49/>.